



## Sozialdemokratische Partei Deutschlands

### Ratsfraktion Kaarst

Frau Bürgermeisterin  
Dr. Ulrike Nienhaus  
Am Neumarkt 2  
41564 Kaarst

Kaarst, den 2.6.2020

#### **Sitzung des Stadtrates am 25. Juni 2020**

Sehr geehrte Frau Dr. Nienhaus,

zur kommenden Sitzung des Stadtrates bitte ich Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

#### **Antrag**

Die gemäß der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in der Kindertagespflege, in Kindertageseinrichtungen und in der offenen Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Kaarst zum 1.8.2020 vorgesehene Beitragserhöhung wird bis zum 31.12.2020 ausgesetzt. Bis dahin gelten die bisherigen Beiträge weiter.

#### **Begründung**

Infolge der Covid 19-bedingten Einschränkungen sind Familien auch in Kaarst aufgrund von Kurzarbeit, Verlust des Arbeitsplatzes, Verlusten bei Selbständigkeit in bestimmten Branchen und sonstigen Belastungen in eine finanzielle Schieflage geraten.

Auch wenn die Beiträge für Kitas, Kindertagespflege und OGS seit April nicht bzw. künftig zunächst nur zur Hälfte erhoben werden sollen, so sind Familien besorgt und verunsichert durch die jetzt von der Verwaltung verschickten Bescheide zur Beitragserhöhung ab August 2020.

Im Einzelfall handelt es sich vielleicht um geringe Beträge. Gleichwohl müssen diese aber gestemmt werden, und wenn kein oder ein deutlich geringeres Einkommen vorhanden ist, führt eine zusätzliche Belastung zu Problemen. Wie uns bekannt wurde, haben bereits einzelne Familien ihre Kinder aus der OGS-Betreuung abgemeldet aus Sorge um die zusätzliche finanzielle Belastung für die Familie. Das darf aus Sicht der SPD aber nicht sein. Die OGS unterstützt die Bildung in der Primarstufe und die Teilnahme daran darf nicht von der Finanzkraft der Eltern abhängig sein.



In vergleichbaren Fällen von Covid 19-bedingten Belastungen, z.B. der Erhebung von Gewerbesteuer und für Gastronomiebetriebe von Terrassengebühren, konnte die Verwaltung kurzfristig helfen. Ein vergleichbares Handeln sollte im Interesse der Familien ebenfalls möglich sein und die zum 1.8.2020 geplante Beitragserhöhung durch eine kurzfristige Satzungsänderung bis zum Ende des Jahres 2020 ausgesetzt werden.

Die Fraktionen im Stadtrat werden um Zustimmung gebeten.

Mit freundlichen Grüßen  
Anneli Palmen